

Keine Belastung der Steuerzahler in NRW bei der „Griechenland-Umschuldung“ (Plenarsitzung vom 17.11.2011)

Rüdiger Sagel^{*)} (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die internationale Finanzkrise zieht immer weitere Kreise. Immer mehr Länder sind betroffen. Regierungen und Regierungschefs müssen zurücktreten. Doch auch in Deutschland spürt man mittlerweile die Auswirkungen dieser Krise sehr real. Wir haben gestern erlebt, dass Landesbanken in den Ratings drastisch zurückgestuft worden sind. Insbesondere Landesbanken sind konkret betroffen. Die Argumentation war folgende: Man sehe nicht mehr sichergestellt, dass, wenn es zu Verlusten komme, diese in voller Höhe ausgeglichen würden. – Das ist eine interessante Äußerung der Ratingagenturen.

Die Linke hat die Diskussion über die Rettungspakete von Anfang an sehr kritisch begleitet, insbesondere die Debatte über das Rettungspaket für Griechenland, und hat sehr deutlich gesagt, dass sie dieses entschieden ablehnt. Real betrachtet, ist der Deal aus unserer Sicht ein Rettungspaket für die Banken auf Kosten der Steuerzahler, die letztlich die Anleihen und die Zinsen dieser Banken garantieren müssen.

Wenn man sich ansieht, was momentan geschieht, läuft ein gegenseitiger Erpressungsversuch oder vielleicht sogar eine gegenseitige Erpressung, weil die neue griechische Regierung gerade festgestellt hat, dass der Absturz der griechischen Wirtschaft noch viel größer sein wird, als man bisher angenommen hat. Das hat zur Konsequenz, dass die Steuereinnahmen im nächsten Jahr nicht so hoch sein werden, wie man das vorher prognostiziert oder gehofft hatte. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Sparpakete. Man weiß sowieso nicht, wie die griechische Bevölkerung das bewerten wird, die im Februar 2012 an die Wahlurnen treten muss.

Andererseits machen die Griechen mit der Aussage „Wenn ihr uns das Geld nicht gebt, wird das Probleme bringen“ Politik. Und die EU hat Angst davor, dass es gravierende Auswirkungen auf den Euro hat, wenn die griechische Wirtschaft und Griechenland vollständig abstürzen, und der drohende Absturz des Euro tatsächlich eintreten kann.

Interessant ist die Nachricht – man sollte sich aktuell informieren –, die mich soeben erreicht hat. Die griechische Privatbank Proton hat 700 Millionen aus dem Bankenrettungspaket ins Ausland geschleust – eine aktuelle Information der letzten Minuten von der „Süddeutschen Zeitung“. Erst im Oktober hat sie 900 Millionen aus dem Bankenrettungspaket erhalten. So viel zur Realität, was mit diesen Geldern tatsächlich passiert.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Sie sagen, das ist alt. So alt ist es nicht. Ich glaube aber, dass da ein altes Verfahren angewandt worden ist und dass man das in Zukunft noch viel häufiger erleben wird.

Wir haben eine Vielzahl von Problemen. Zum Beispiel auch die „Financial Times Deutschland“ – den Grünen immer sehr zugetan – sprach von einem Täuschungsmanöver mit Staatsgarantie. Deswegen bin ich sehr gespannt, was meine Kollegen etwa von den Grünen gleich sagen werden. Denn auch Ihre haushaltspolitischen und finanzpolitischen Sprecher, Schneider und Schick gestanden den Deal ein: Etikettenschwindel. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich dazu verhalten werden.

Wir als Linke fühlen uns nach wie vor äußerst schlecht informiert. Denn wir erhalten nur sehr spärliche Informationen über das, was tatsächlich an Risiken in den Portfolien der WestLB und der NRW.BANK lagert. Das Finanzministerium hat uns zwar mittlerweile informiert, dass das Volumen der Griechenland-Anleihen im Portfolio der Versorgungsrücklage 220 Millionen € beträgt. Aber nach wie vor wissen wir nicht, wie es bei der NRW.BANK aussieht.

Wir sind der Auffassung, wir brauchen erst einmal ein transparentes Verfahren, in dem wir endlich genauer informiert werden, was im Einzelnen passiert. Wir haben in unserem Antrag eine Vielzahl von Forderungen aufgestellt. Wir erwarten, wie gesagt, eine unverzügliche Information über den tatsächlichen Bestand, und wir wollen auch im Verwaltungsrat der Ersten Abwicklungsanstalt einen vorstandsbindenden Beschluss herbeiführen, dass sich die EAA an dieser Umschuldung für Griechenland nicht beteiligt.

Die Linke hat das Problem – nicht nur hier, sondern auch an vielen anderen Stellen –, dass sie in diesen Gremien nicht vertreten und somit unzureichend eingebunden und informiert ist.

Eine wesentliche bundespolitische Forderung der Linken ist auch eine einmalige Abgabe auf Vermögen über 1 Million € zur Finanzierung der Krisenlasten, was man aber nur über den Bundesrat initiieren kann.

(Beifall von der LINKEN)

Das fordern wir schon lange, dass endlich diejenigen, die immer wieder von dem, was politisch auf den Weg gebracht wird, profitieren, in Haftung genommen werden und die Gläubigerhaftung endlich greift.

(Beifall von der LINKEN)

All diese Punkte haben wir hier schon des Öfteren angesprochen. Wir sehen überhaupt nicht gewährleistet, dass die Probleme gelöst werden, sondern in Zukunft werden wir das, was bei der

griechischen Privatbank Proton passiert ist, vermehrt erleben: Gelder werden an ihrer eigentlichen Nutzung vorbeigeschleust, um damit ganz andere Sachen anzustellen.

Deswegen – ganz klipp und klar – lehnen wir die Art und Weise, wie hier auf Kosten der allgemeinen Bevölkerung die Lasten verteilt werden, ab. Wir sehen auch keine Perspektive, dass die Probleme tatsächlich gelöst werden. Das muss wohl völlig anders passieren.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Fraktion der CDU spricht Kollege Jostmeier.